

HIROSHIMA mahnt!



66 Jahre

Hiroshima und Nagasaki heute Fukushima

66 Jahre nach den verheerenden Atombombenabwürfen über Hiroshima (6. August) und Nagasaki (9. August 1945) ist das Kapitel Atomwaffen noch längst nicht geschlossen und die Menschheit immer noch von einer atomaren Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes bedroht.

Am Morgen des 6. August 1945 warf ein Bomber der USA-Luftwaffe die erste Atombombe der Geschichte auf die japanische Stadt Hiroshima. In Bruchteilen von Sekunden verwandelten die ungeheure Explosion und die unmittelbar folgenden Feuerwellen die Stadt mit ihren 350.000 Einwohnern in ein gigantisches Inferno. Drei Tage später, am 9. August, wurde auf Anordnung des damaligen US-Präsidenten Truman eine weitere Atombombe auf die Stadt Nagasaki geworfen. In diesen beiden Städten starben mehr als 100.000 Menschen sofort. 400.000 Menschen starben bis heute auf schreckliche Weise an den

Folgen der atomaren Verseuchung.

66 Jahre danach: kein Grund zur Entwarnung

Im März 2011 kam es infolge eines heftigen Erdbebens in Japan zum bislang schwersten atomaren Unfall seit Tschernobyl (1986). Die Reaktorblöcke 1 bis 4 des Kernkraftwerks Fukushima wurden vollständig zerstört; erhebliche Mengen radioaktiver Stoffe wurden freigesetzt und machten die Umgebung auf Jahrzehnte unbewohnbar. Die Friedensbewegung hat daraus gelernt: Auch die zivile Nutzung der Atomenergie ist nicht beherrschbar; Atomkraftwerke müssen stillgelegt werden.

Die nukleare Realität dieser Tage ist deprimierend: Die fünf offiziellen Atommächte USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China sowie die "inoffiziellen Kernwaffenmächte Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea verfügen nach Schätzung des Stockholmer Friedensfor-

schungsinstituts SIPRI über die riesige Menge von über 20.000 atomaren Sprengköpfen. Jede von ihnen hat mehr Sprengkraft als die Hiroshima-Bombe. Allein die USA und Russland haben jeweils 1550 aufeinander gerichtete strategische Nuklearwaffen in Bereitschaft. Alles menschliche Leben auf dieser Erde könnte damit mehrfach total vernichtet werden.

Die USA und die NATO beharren noch immer auf dem angeblichen Recht zum "Erstschlag" mit Atomwaffen. Das hat der NATO-Gipfel in Lissabon im Dezember 2010 ausdrücklich bestätigt. Russland und Frankreich verhalten sich ähnlich. Und das, obwohl ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag 1996 den Besitz und den Einsatz von Kernwaffen für völkerrechtswidrig erklärt hat.

Weder die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2010 noch die START-Verhandlungen zwischen den USA und Russland haben einen wirklichen Durchbruch zur atomaren Abrüstung gebracht. Die Atomwaffenstaaten sind weiterhin nicht bereit, ihre Arsenale abzurüsten, obwohl Art. 6 des Vertrags dies vorsieht. Trotz der Ankündigungen des US-Präsidenten Obama, für eine Welt ohne Atomwaffen zu kämpfen ("Global Zero"-Rede im April 2009), sind die USA nicht einmal bereit, auf die Modernisierung ihrer Atomwaffen zu verzichten.

Neben den fünf offiziellen Kernwaffenstaaten verfügen schon heute vier weitere Staaten (Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea) über atomare Kapazitäten. Andere Länder wie der Iran werden möglicherweise folgen, wenn die Großmächte nicht mit gutem Beispiel vorangehen und endlich abrüsten.

In Deutschland lagern Atomwaffen auf dem US-Stützpunkt Büchel (ca. 20 Atomwaffen). Sie würden im Ernstfall auch an Kampffjets der Bundeswehr zum Einsatz kommen – was ein klarer Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag bedeutete. Die Bundesregierung hätte die Möglichkeit, von den USA den Abzug der Waffen zu verlangen. Sie tut es aber nicht.

Angesichts solcher Befunde darf die Friedensbewegung hier zu Lande und weltweit nicht nachlassen in ihrem Bemühen, auf die atomaren Gefahren hinzuweisen und für eine atomwaffenfreie Welt zu kämpfen.



Mit der Abrüstung ernst machen!

Atomwaffen aus Deutschland abziehen!

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag
Peter Strutynski (Sprecher)



Unser Mayors for Peace OB Bernhard Ilg verabschiedete am 17.04.2010 vor dem Heidenheimer Rathaus die Heidenheimer Gruppe zur Teiletappe nach Aalen.



Die DKP Heidenheim hat mit den Parteien der Partnerstädte Sankt Pölten und Jihlava ein gemeinsames Friedensbanner

Die DKP steht:

Für demokratische Grundrechte und gegen Militarisation im Inneren. Einhergehend mit einer aggressiveren Außenpolitik verschärft sich im Innern der Abbau demokratischer Grundrechte.

Wir wollen deshalb verstärkt aufzeigen und bekämpfen:

- die Rolle staatlicher Überwachung und Grundrechtseinschränkungen bei der inneren Militarisation
- die Gefahren des Ausbaus der zivil-militärischen Zusammenarbeit
- die zunehmende Bundeswehrpropaganda zur Rekrutierung, vor allem in Schulen und Arbeitsagenturen

